

Liebe Alle,

weiter unten in ZWEI TEILEN ein internes Dokument der Bundesregierung zur Gleichschaltung der Medien im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg. Das Papier wurde den Nachdenkseiten (www.nachdenkseiten.de) zugespielt und von diesen „verifiziert“.

Das Papier zeigt insbesondere im Teil 2, dass der Kampf gegen jede Kritik und vor allem gegen die politische Linke vom Kapital mit harten Bandagen geführt wird. Eine zentrale Rolle spielt der Antikommunismus, der „Linke“ und „Rechte“ nicht nur gleichgestellt, sondern die Linke als „extremistisch“ diffamiert.

Achtung

Im Kontext des nachfolgenden Artikels empfehle ich, auch die folgende von der Bundesregierung verantwortete Webseite zu besuchen:

<https://gegneranalyse.de/monitoring/>

Die Webseite macht unmissverständlich Organisation, Ausmaß und Charakter der hinter der Gleichschaltung der „Leitmedien“ stehenden Motivation im Kampf gegen zivilgesellschaftliche Kritik klar.

Die Analyse der Nachdenkseiten zu dieser regierungsgesteuerten Internetseite incl. einer Antwort der Bundesregierung hier

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=85379>

Achtung

Hochinteressant in diesem Zusammenhang auch die folgende Recherche der Süddeutschen Zeitung:

<https://www.ecosia.org/search?q=recherche%20s%C3%BCddeutsche%20zeitung%20verfassungsschutz%20twitter%20facebook&addon=firefox&addonversion=4.1.0&method=topbar>

Hier wird in erschreckender Weise deutlich, zu welchen Mitteln das Kapital im Kampf gegen die politische Linke im Namen der „freiheitlichen Demokratie“ greift.

Natürlich ist es bei aller Gleichschaltung noch immer so, dass hin und wieder Ausnahmen die Regel bestätigen. Es gibt immer wieder mal mutige Journalist*innen, die wahre Glanzstücke eines demokratischen, freien und investigativen Journalismus liefern. Aber das ändert nichts daran, dass kritischer Journalismus im Zweifel westlichen „Rechtsstaaten“ und „freiheitlichen Demokratien“ mit Repression, Diffamierung, Berufsverbot, Folter und schlimmerem verfolgt werden kann. Der UN-Bericht zu Julian Assange belegt dies in aller Deutlichkeit.

<https://www.stern.de/politik/julian-assange-wurde-laut-uno-berichterstatter--gezielt-psychologisch-gefoltert--9125696.html>

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=72191>

Achtung

Mutige Gegenöffentlichkeit, die seit 40 Jahren Licht ins Dunkel der Konzernverbrechen bringt und hinter die Mauern von Konzernmacht blickt ist übrigens in dem weltweit einzigen konzernkritischen Magazin der Welt zu finden: Stichwort BAYER www.stichwort-bayer.de

Möglich wird das nur dank der Arbeit von [ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie](http://ethecon.de), [Coordination gegen BAYER-Gefahren \(CBG\)](http://www.coordination-gegen-bayer.de) und [Stichwort BAYER](http://www.stichwort-bayer.de).

Bitte helfen Sie, dass kapitalismus- und konzernkritische Arbeit möglich bleibt. Mit einer Spende, besser noch mit einer Dauerspende (Fördermitgliedschaft).

Spende an die Coordination gegen BAYER-Gefahren

Spende an ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie

Spende an Stichwort BAYER Förderkreis

Vielen Dank &

solidarische Grüße

Axel Köhler-Schnura*

(axel@koehler-schnura.de)

Vorstand und Gründungstifter

[ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie](http://ethecon.org)

Vorstand und Gründungsmitglied

[Coordination gegen](http://www.CBGnetwork.org)

[BAYER-Gefahren \(CBG\)](http://www.CBGnetwork.org)

* Axel Köhler-Schnura, Düsseldorf, geb. 1949 in Hof/Saale, aufgewachsen in Nürnberg, verheiratet, vier Kinder (eines gestorben), drei Enkelkinder; ab 1965 Arbeit in der Marktforschung bei der GfK; ab 1970 Studium der Betriebswirtschaftslehre (Dipl. Kfm.), Soziologie (Vordiplom), Informatik und verschiedener Sprachen in Regensburg; bis 1976 wirtschaftssoziologische Forschung im Rahmen der Deutschen Forschungsgesellschaft; bis 1984 freie Forschung zu Comics in Deutschland incl. dem Aufbau einer Komplett-Sammlung deutschsprachiger Comics (die 2017 an die Goethe-Universität Frankfurt ging); ab 1976 in mehreren Unternehmen tätig, zuletzt in der Geschäftsleitung eines Großbetriebs der polygrafischen Industrie; seit 1988 mit ökologisch ausgerichteten Firmen selbstständiger Unternehmer; Mitgründer und Genossenschafter der Ökobank, Gesellschafter der Wochenzeitung „UZ“ und Genossenschafter der Tageszeitungen „taz“ und „jungeWelt“; seit frühester Jugend in den sozialen Bewegungen aktiv, Mitglied der Gewerkschaft und der DKP; 1978 Gründung des internationalen Netzwerks der Coordination gegen BAYER-Gefahren/CBG (www.CBGnetwork.org) und seitdem dort ehrenamtlich im Vorstand; beteiligt an Gründung bzw. Aufbau u.a. des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (1978), des Pestizid-Aktionsnetzwerkes (PAN/1983), des Dachverbandes der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre (1984) und von UnternehmensGrün (1992); 1998 bis 2003 in den Steuerungsgremien der Europäischen Sozialforen; ab 2004 Gründungstifter und ehrenamtlicher Vorstand von ethecon Stiftung Ethik & Ökonomie (www.ethecon.org); regelmäßig publizistisch tätig; Träger mehrerer Preise (u.a. Business Crime Control 1998 und Zivilcourage 2000), 2008 nominiert für den Alternativen Nobelpreis. [Zusammengestellt u.a. nach „Who is Who“ Ausgabe Deutschland und Wikipedia]

www.nachdenkseiten.de

Den NachDenkSeiten wurde exklusiv ein internes Dokument der Bundesregierung zugespielt. Wir konnten das Papier verifizieren und uns ist auch die Identität des Whistleblowers bekannt. Das

Dokument gibt einen erhellenden Einblick in das Ausmaß der horizontalen und vertikalen Strukturen der, man kann es nicht anders sagen, bundesdeutschen Staatspropaganda, insbesondere was die behördliche Einbindung von Medien (z.B. Spiegel und Stern), westlichen Social-Media-Konzernen, Bildungseinrichtungen und den sogenannten „Faktencheckern“ angeht. Selbst Grundschulkindern werden ins Visier genommen. Aus all dem ergibt sich der konzertierte Versuch einer Informations-Gleichschaltung durch die Bundesregierung.

Von **Florian Warweg**.

TEIL 1

15.10.2022

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=88618>

Das Dokument trägt den Titel „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“, umfasst insgesamt 10 Seiten und listet minutiös mit Stand 27.06.2022 die entsprechenden Aktivitäten der Bundesministerien und untergeordneten Behörden auf. Und diese Aktivitäten haben es in ihrer Gesamtheit in sich. Die NachDenkSeiten werden sich in der Auswertung im ersten Teil auf die Ausführungen zur Rolle des BMI (Innenministeriums), des AA (Auswärtigen Amtes), des BPA (Bundespresseamtes) und der BKM (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) konzentrieren. Im zweiten Teil auf die Tätigkeiten des BMDV (Bundesministerium für Digitales und Verkehr) sowie des BMFSFJ (Bundesfamilienministerium) und des BMVg (Bundesverteidigungsministerium).

SPD-geführtes Innenministerium als zentrale Schaltstelle der staatlichen Propagandaaktivitäten

Den Anfang der Aufzählung macht das SPD-geführte Bundesinnenministerium (BMI) unter Nancy Faeser. So soll das BMI federführend und „ressortübergreifend“ die „Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen“ koordinieren. Geleitet wird dies von der „UAG RUS/UKR“ (UAG steht im ministeriellen Sprech für Unterarbeitsgruppen). In diesem Zusammenhang soll unter anderem alle zwei Wochen ein Lagebericht „Hybride Bedrohungen“ mit Schwerpunkt Russland-Ukraine verfasst werden. Besonders ins Auge fällt aber der im Dokument aufgeführte sogenannte „10-Punkte-Resilienz-Plan“.

Der erste Punkt in diesem „Plan“ ist die konzertierte „Verlinkung zu Faktencheckern auf den Webseiten der Bundesregierung“. Private und [hauptsächlich vom US-Milliardär und eBay-Gründer Pierre Omidyar finanzierte „Faktenchecker“](#) wie Correctiv oder beitragsfinanzierte wie der ARD-Faktenfinder sollen massiv durch die „Webseiten der Bundesregierung“ beworben werden. So viel zur postulierten „Staatsferne“ und „Unabhängigkeit“ der Faktenchecker.

Des Weiteren sollen Broschüren zu „Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine“ produziert und an Bundesministerien,

Bundestagsabgeordnete, Länder und Kommunen verschickt werden. Ergänzt wird die Aufzählung mit dem Verweis: „Verteilung an Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft läuft.“

Besonders aufschlussreich ist auch der 5. Punkt im „Resilienz-Plan“, dieser widmet sich der Zusammenarbeit mit der Presse. Erwähnt wird beispielsweise ein „Spiegel-Hintergrundgespräch“ am 31.03. und die Vorbereitung von Namensartikeln und Interviews mit Innenministerin Faeser, explizit wird in diesem Zusammenhang auf STERN und Tagesspiegel verwiesen. Ebenso wird erwähnt, dass es gelungen sei, den Begriff „Task Force gegen Desinformation“ in der Berichterstattung zu etablieren. Unter (russischer) „Desinformation“ wird im Dokument pauschal alles verstanden, was einer Wiedergabe der offiziellen russischen Position entspricht. Und dies ausschließlich in Bezug auf die russische Seite. Weder offizielle ukrainische oder US-amerikanische Sichtweisen auf den Krieg in der Ukraine werden von der Bundesregierung in gleicher Weise per se als „Desinformation“ bewertet.

Ein weiterer aufgeführter Aspekt des Plans ist der „Outreach in den parlamentarischen Raum“, also die Einflussnahme auf Abgeordnete in Bundestag und Landesparlamenten. Kein unproblematisches Vorhaben, eingedenk einer eigentlich existierenden Gewaltenteilung zwischen Exekutive und Legislative.

Ebenso wird als zentraler Punkt im „Resilienz-Plan“ die „anlassbezogene“ Intensivierung der Kontakte und Gespräche mit den Plattformbetreibern sozialer Netzwerke genannt, „um diese für staatlich gesteuerte Desinformation zu sensibilisieren“. Explizit ist in dem Dokument von Twitter, Meta, Google und Telegram die Rede. Geführt werden sollen die Gespräche auf „Staatssekretär-Ebene“.

Nicht minder problematisch erscheint der Plan, Einfluss auf die „Curricula in den Schulen sowie unter Einbindung der Volkshochschulen und ehrenamtlicher Strukturen“ zu nehmen.

Abschließend wird darauf verwiesen, dass die Arbeit an der Umsetzung des „Aktionsplans von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie“ begonnen habe.

Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR

Stand: 27.06.2022



Ressort/Behörde	Bishenge und geplante Aktivitäten im Bereich der strategischen Kommunikation und gegen Desinformation im Kontext RUS/UKR
BMI	<ul style="list-style-type: none"> • Ressortübergreifende Koordinierung der Erkennung und Abwehr hybrider Bedrohungen, insb. Desinformation, u.a. durch Federführung UAG RUS/UKR innerhalb AG Hybrid. • Leitung der wöchentlichen Sitzungen der UAG RUS/UKR und der Sondersitzung am 09.05.2022 zum RUS „Tag des Sieges“. • Erstellung Lagebericht Hybride Bedrohungen. Dieser behandelt u.a. Einflussnahme im Informationsraum und erscheint alle zwei Wochen, aktuell mit Schwerpunkt RUS/UKR. • Vortrag von BMJ Faeser zum Thema „Hybride Bedrohungen/Desinformation“ im Kabinett am 06.04.2022. • 10-Punkte-Resilienz-Plan: <ul style="list-style-type: none"> ○ Aufklärung zu Desinformation und Verlinkung zu Faktencheckern auf den Webseiten der BReg (insb. von BMI/BPA), wobei auch auf das Portal Germany4Ukraine verwiesen werden sollte, das als Informationsangebot für Geflüchtete dient → Artikel „Desinformation als hybride Bedrohung“ auf BMI-Webseite: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/topthemen/DE/topthema-desinformation/artikel-desinformation-hybride-bedrohung.html. Online-Angebot zum Thema „Desinformation“ wird derzeit seitens BMI erweitert. Aktivitäten des BPA s.u. ○ Im konkreten Einzelfall und nach Abwägung Debunking, also Richtigstellung von Falschinformationen, in der jeweiligen Ressortzuständigkeit → UAG RUS/UKR sorgt für enge Abstimmung beim Debunking in Einzelfällen. ○ Zurverfügungstellung faktenbasierter und transparenter Informationen durch die BReg, u.a. durch die BpB mit einer eigenen Themenseite → Aktivitäten u.a. der BpB s.u. ○ Bereitstellung eines FAQ zum RUS/UKR-Krieg, das innerhalb des Ressortkreises geteilt und Multiplikatoren an die Hand gegeben wird → FAQ „Desinformation im Kontext des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine“ wurde erstellt und an den gesamten Ressortkreis, MdB sowie Länder und Kommunen verteilt. Verteilung an Multiplikatoren in der Zivilgesellschaft läuft. ○ Pressegespräche zum Thema → Spiegel-Hintergrundsprach am 31.03.2022 weitere Pressegespräche sind geplant. Außerdem Namensartikel in Erarbeitung. Interviews von BMJ Faeser u.a. im „Stern“ am 12.05.2022. Berichterstattung zur UAG RUS/UKR, die von BMJ Faeser öffentlich als Task Force gegen Desinformation bezeichnet wurde, u.a. seitens „Tagesspiegel“ am 23.06.2022.

	<ul style="list-style-type: none"> o <u>Outreach in den parlamentarischen Raum</u>, z.B. mit einem „Liebe Freunde“-Brief und der Bereitstellung von Informationen für MdB und MdL → „Liebe Freunde“-Brief wurde am 15.06.2022 an alle Mitglieder der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP im Deutschen Bundestag versendet. Als Anlagen wurden das FAQ und ein Handout des BPA zum <u>Debunking</u> von Desinformation beigefügt. o Adressierung spezifischer Zielgruppen, insbesondere RUS-sprachiger Bevölkerungsteile, auch in RUS Sprache → Konzept in Erarbeitung. o <u>Intensivierung der Kontakte mit den Plattformbetreibern sozialer Netzwerke</u>, um diese für staatlich gesteuerte Desinformation zu sensibilisieren und um bei Maßnahmen zeitnah informiert zu werden → Anlassbezogener Austausch mit Twitter, Meta und Google auf Arbeitsebene, u.a. zu Desinformation, aber auch zu Telekommunikations-/Telemedienrecht und strafbaren Internetinhalten. Zudem anlassbezogenen <u>Gespräche auf AL- oder (P)St-Ebene mit Google, Meta und Telegram</u>. o <u>Stärkung des Engagements im Bereich der politischen Bildung</u>, auch unter Einbindung der Kultusministerien mit ihrer Verantwortung für die Curricula in den Schulen sowie unter Einbindung der Volkshochschulen und ehrenamtlicher Strukturen → Geplant. o <u>Runder Tisch mit der Zivilgesellschaft</u>, um über das Thema aufzuklären und weitere Maßnahmen zu entwerfen, ggf. durchgeführt von der BpB und unter Nutzung bereits vorhandener Strukturen wie der Bund-Länder-offenen Arbeitsgruppe Hybride Bedrohungen (BLoAG Hybrid). → Geplant. • <u>Gemeinsame Sitzung der BLoAG Hybrid und der UAG RUS/UKR am 09.06.2022</u>. Schwerpunkt der Besprechung war „<u>Gemeinsamer Aktionsplan von Bund und Ländern gegen Desinformation und für eine wehrhafte Demokratie</u>“, dessen Erarbeitung bei der IMK-Sitzung vom 01. bis 03.06.2022 beschlossen wurde. Arbeit am Aktionsplan hat begonnen.
<p>BfV</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Das BfV bringt sich aktiv durch Detektion von Einflussoperationen und Desinformationsaktivitäten in das Maßnahmenkonzept der Bundesregierung und der Sicherheitsbehörden ein. • Dazu gehören eine umfassende Sammlung und Auswertung von Informationen sowie eine breite Berichterstattung. • Zur öffentlichen Unterrichtung zählen auch die u.a. auf der Webseite verfassungsschutz.de seit dem Frühjahr 2022 verbreiteten Sicherheitshinweise sowie Veranstaltungen wie im ersten Halbjahr 2022 die 15. BfV-/ASW-Sicherheitstagung und das 18. BfV-Symposium. • Anlassbezogen sensibilisiert das BfV betroffene Bereiche.
<p>BpB</p>	<ul style="list-style-type: none"> • Bislang umgesetzt: verschiedene Online-Publikationen (u.a. Themenseite „Krieg in der Ukraine“, verschiedene Berichte auf eurotopics.net, diverse Artikel auf fluter.de, Postings in diversen <u>Social-Media-Plattformen</u>, Podcast-Format „Netz aus Lügen“)

Auswärtiges Amt, Bundespresseamt und BKM als weitere Hauptakteure staatlicher Propaganda- und Zensurbemühungen

Neben dem Innenministerium tritt das Auswärtige Amt (AA) in dem Dokument als Protagonist im postulierten „Kampf gegen (russische) Desinformation“ auf. Dabei fällt auf, dass bei dem gesamten Maßnahmenkatalog des AA ausschließlich von „russischer Desinformation“ die Rede ist und nachdrücklich der Eindruck erweckt wird, es käme „Desinformation“ und Narrativpflege weltweit nur aus einem einzigen Land.

So heißt es in dem Dokument zu „Maßnahmen im Rahmen des Kommunikationskonzeptes RUS/UKR“ des AA:

- „Beobachtung und Analyse aktueller russischer Narrative und Desinformation
- Erstellung eines „living documents“, das „klassische und aktuelle russische Narrative zum Ukraine-Krieg dekonstruiert/entkräftet“
- Förderung von Projekten zum Ausbau der Resilienz gegenüber (v.a. russischer) Desinformation (...).“

Laut dem vorliegenden Dokument vernetzt sich das AA in Fragen der Desinformation vor allem („intensiv und bilateral“) mit Vertretern der USA. Explizit genannt werden in diesem Zusammenhang das International Partnership to Counter State-Sponsored Disinformation (IPCSD) sowie die Counter Foreign Interference Group (CFI).

Aufschlussreich ist auch der letzte in dem Dokument aufgeführte Punkt hinsichtlich der Aktivitäten des AA. Dort ist von „(...) Förderung der von Deutsche Welle und DW Akademie eingebrachten Projektvorschläge zum Ausbau der Berichterstattung für UKR/RUS sowie Stärkung der Medienkompetenz (...)“ die Rede. Wir halten fest, das Auswärtige Amt, ein Bundesministerium unter Führung der Grünen-Spitzenpolitikerin Annalena Baerbock, plant die Förderung von Projekten des deutschen Auslandssenders Deutsche Welle. Wie sich das mit dem Deutsche-Welle-Gesetz (DWG) verträgt, welches zur Ermöglichung „einer unabhängigen Meinungsbildung“ verpflichtet, wäre nur eine von mehreren Fragen angesichts dieser im Dokument aufgedeckten Planungen des AA.

Das Bundespresseamt (BPA) leitet zusammen mit dem AA die sogenannte „EG Desinformation“ (auf telefonische Nachfrage der NDS am 27.9., wofür in diesem Zusammenhang EG steht, konnte die verantwortliche Chefin vom Dienst beim BPA keine Auskunft geben). Das BPA ist laut dem Dokument verantwortlich für die „regierungsinterne Sensibilisierung für das Thema und den Umgang mit Desinformation“. Darüber hinaus bietet es ein „ressortübergreifendes Schulungsangebot“ zu Desinformation an. Pikant hierbei: Die Schulungen macht nicht das BPA selbst, sondern private Drittanbieter wie das „Institute for Strategic Dialogue“ (ISD) und der „Business Council for Democracy“ der Hertie-Stiftung.

Das ISD, mit explizit transatlantischer Ausrichtung und Hauptsitz in London, hat im [Vorstand](#) so illustre Personen sitzen wie Karl-Theodor zu Guttenberg, den Unternehmensberater Roland Berger und den Vorstandsvorsitzenden der Axel Springer SE, Matthias Döpfner.

„Ressortübergreifende Schulungen“ zu Desinformation für Mitarbeiter der Bundesministerien werden also von einer transatlantischen Lobbyorganisation, in deren „Board“ aufgeflogene Plagiatoren und der Chef der – apropos Desinformation – regelmäßig Fakenews verbreitenden

Springer-Presse sitzen, sowie der privaten Stiftung eines Kaufhaus-Magnaten durchgeführt. Viel besser kann sich der Outsourcing-Ansatz in Bundesbehörden wohl nicht ad absurdum führen.

Abschließend wird in dem Dokument aufgeführt, dass die Vize-Regierungssprecher regelmäßig im „bilateralen Austausch mit Google/YouTube, Twitter, Meta, Tiktok und LinkedIn“ stehen, um die „jeweiligen Strategien der Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation, insbesondere im Kontext des Krieges in der Ukraine“ zu besprechen.

Das heißt, laut dem Dokument haben sowohl das Innen- und Außenministerium als auch das Bundespresseamt jeweils regelmäßige bilaterale Treffen (auf Staatssekretär-Level) mit den großen Plattformbetreibern zu „russischer Desinformation“ im Kontext des Ukraine-Krieges. Den dadurch aufgebauten Konformitäts- und Zensurdruck kann man wohl als signifikant bewerten.

Ein weiterer bedeutender Akteur ist die direkt dem Kanzler unterstellte „Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien“ (BKM), Claudia Roth. Sie verfügt über ein Budget von über zwei Milliarden Euro, 400 Mitarbeiter und trägt die Verantwortung für die Medienpolitik der Bundesrepublik (und finanziert in diesem Rahmen unter anderem den deutschen Auslandssender Deutsche Welle).

In dem den NachDenkSeiten vorliegenden internen Dokument ist unter anderem vom „Aufbau einer russischen Exilredaktion in Riga“ sowie „wenn nötig, Aufbau einer Exilredaktion Ukrainisch in Krakau, Polen“ die Rede. Beim „EU-Medienministerrat“ scheint das BKM dem Papier zufolge eine zentrale und proaktive Rolle beim „Vorgehen gegen russische Propagandamedien“ zu spielen.

Ebenso vertritt das BKM eine Vorreiterrolle bei den Verhandlungen zum orwellisch klingenden „European Media Freedom Act“ und versucht dort, den Fokus auf „Desinformation“ zu legen.

Das BKM plant zudem laut dem Dokument ein neues Förderprogramm „mit Schwerpunkt Nachrichtenkompetenzförderung der Gesamtbevölkerung zur Bekämpfung von Desinformation.“

Ein weiteres Projekt, welches Fragen aufwirft, ist der nicht weiter konkretisierte Einsatz von Kinderreportern ab 6 Jahren gegen „Desinformation“. Im Dokument heißt es dazu unter anderem:

„Kinderreporter – Stärkung Nachrichtenkompetenz und damit Resilienz gegenüber Desinformation 6-14-Jähriger durch aktive Medienarbeit.“

Abschließend wird auf das Projekt „Künstliche Intelligenz gegen Desinformation“ (KID) der Deutschen Welle verwiesen. Dabei sollen „KI-Module der „Digitalen Forensik“ zur Verbesserung der (teil)automatisierten Identifizierung von Manipulationen und konzertierter Desinformationskampagnen“ eingesetzt werden. Brave new world...

	<p>und Online-Veranstaltungen (u.a. Basiswissen vermittelnde „Politikstunde“); geplant: u.a. Berichte und Bilder aus der Ukraine, diverse Texte für das Desinformations-Dossier. → siehe Anlage „Publikationen BpB“</p> <ul style="list-style-type: none"> • Mithilfe unterschiedlicher Projekte und Programme soll die Medienkompetenz gestärkt werden. Im Rahmen des 2021 initiierten Förderprogramms „Demokratie im Netz“ werden aktuell die Projekte „Ostclick“ und „Migrant*innen aktiv und unterwegs“ gefördert; sie zielen darauf ab, in Zusammenarbeit mit Communities Bildungsmaterialien zu entwickeln und Multiplikatoren aus den Communities auszubilden, um Desinformation und demokratiefeindliche Einstellungen zu bekämpfen. „Ostclick“ adressiert Russlanddeutsche. Darüber hinaus werden im Rahmen des Bundesprogramms „Zusammenhalt durch Teilhabe“ aktuell drei Organisationen gefördert, die die russischsprachige Community in DEU vertreten.
AA	<ul style="list-style-type: none"> • Nutzung des Instrumentenkastens aktiver, faktenbasierter und moderner strategischer Kommunikation. • Intensive Vernetzung mit Ressortkreis (AG Hybrid, EG Desinformation), EU, G7, NATO, Counter Foreign Interference (CFI) Group, International Partnership to Counter State-Sponsored Disinformation (IPCSD) und anderen Mitgliedstaaten (z.B. intensiv bilateral mit USA), um Analysefähigkeiten zu stärken, Erkenntnisse zu teilen, Dialog mit Plattformen aufzunehmen und Reaktionen abzustimmen. • Im Rahmen der DEU G7-Präsidentschaft Betonung des zentralen Werts der Integrität von Informationen („Safeguarding the integrity of information“) für Meinungsbildungsprozesse in starken Demokratien und resilienten Gesellschaften. U.a. Organisation einer öffentlichen Konferenz zum Umgang mit Desinformation am 06.04.2022. • Ausbau eigener Analysefähigkeiten, eigenes Social Media Monitoring stark verbessert; Erfahrungen und Analysen werden regelmäßig im Haus und im Ressortkreis verteilt. • Förderung von Projekten zum Ausbau der Resilienz gegenüber (v.a. RUS) Desinformation in den drei baltischen Staaten und auf dem Westbalkan. • Maßnahmen im Rahmen des Kommunikationskonzepts RUS/UKR umfassen u.a.: <ul style="list-style-type: none"> ○ Erstellung von Lines to Take (LTT), aktuelle Hintergrundsprache für die Öffentlichkeitsarbeit, verteilt an alle Auslandsvertretungen. ○ Beobachtung und Analyse aktueller RUS Narrative und Desinformation. ○ Erstellung eines „living documents“, das „klassische“ und aktuelle RUS Narrative zum UKR-Krieg dekonstruiert/entkräftet. ○ Retweeten/Sharen/Übernehmen von Posts der BRG zum UKR-Krieg mit jeweils regionaler Einordnung bzw. Übersetzung in den eigenen regionalen Kontext; Erstellung eigener Inhalte (Posts, Tweets, Stories, Videos, etc.) mit regionalem Fokus. ○ Ukraine-Ticker auf deutschland.de mit zahlreichen Informationen zum UKR-Krieg, zu Positionen der BRG, zur DEU Hilfe für die UKR; die meisten Informationen werden auf Deutsch, Englisch und Russisch publiziert.

	<ul style="list-style-type: none"> ○ Prüfung und ggf. Förderung der von DW und DW Akademie eingebrachten zusätzlichen Projektvorschläge zum Ausbau der Berichterstattung für UKR/RUS sowie Stärkung der Medienkompetenz in Absprache mit BKM und BMZ.
BPA	<ul style="list-style-type: none"> • Im Co-Vorsitz mit dem AA leitet das BPA die EG Desinformation. Ebenfalls ist das BPA Mitglied in der EG Resilienz. Auch hat das BPA vermehrt an Austauschformaten mit internationalen Partnerstaaten zum Thema Desinformation teilgenommen. • Grundsätzlich werden mehrere Ansätze beim Umgang mit Desinformation seitens des BPA verfolgt: <ul style="list-style-type: none"> ○ Aufgeklärter Umgang mit dem Phänomen Desinformation auf den Social-Media-Kanälen und der Webseite. ○ Entstehung verhindern, indem möglichst früh Themen und Narrative identifiziert werden, die Potential für Desinformation bieten und bei denen dann proaktiv aufgeklärt werden kann. Das BPA-Monitoring erfasst alle relevanten Akteure aus den Bereichen Politik und News entsprechend der aktuellen politischen Lage. ○ Reichweite von Desinformation so weit wie möglich einschränken. Aufmerksamkeit darauf, was jede/jeder Einzelne leisten kann, um gegen Verbreitung von Desinformation vorzugehen. ○ Darüber hinaus soll auch die Medienkompetenz gestärkt werden: Durch Vermittlung von Inhalten (z.B. auf der Themenseite) von weiterführenden, verlässlichen Informationen und Akteuren sollen Menschen befähigt werden, eigenständig und schneller entscheiden zu können, welche Informationen glaubwürdig und seriös sind. ○ Insbesondere erfolgt eine regierungsinterne Sensibilisierung für das Thema und dem Umgang mit Desinformation, u.a. durch das sog. „Arbeitspapier zu Debunking“ – dieses dient als Grundlage für ein gemeinsames Verständnis über Voraussetzungen und Funktionsweise. ○ Zudem gibt es auch ein ressortübergreifendes Schulungsangebot vom Business Council for Democracy von Hertie-Stiftung und dem Institut for Strategic Dialogue. Schulungsangebote mit der BaKÖV sind in Arbeit. ○ Punktueller Austausch mit der Zivilgesellschaft (Faktencheckern, Stiftungen, etc.) zum Thema. • Maßnahmen im Kontext RUS/UKR beinhalten u.a.: <ul style="list-style-type: none"> ○ Themenseiten „Krieg in der Ukraine“ und „Desinformation“ auf bundesregierung.de; alle Themenseiten werden beständig fortgeschrieben bzw. aktualisiert, Input aus den Ressorts ist willkommen. ○ Austausch mit Vertretern der russischsprachigen Bevölkerung in DEU am 24.03.2022. Follow-up in kleinerer Besetzung mit SRSin Hoffmann am 05.05.2022. Aktuell werden Formate für Interviews (auf Russisch) in Medien geprüft, welche die Community erreichen. ○ Je nach aktuellem Anlass Tweets/Posts zum Thema auf Facebook, Instagram, Twitter. ○ Podcast „Aus Regierungskreisen“ zu „Germany4Ukraine“: https://www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/audio-podcast-der-bundesregierung/germany4ukraine-in-so-einer-situation-qiit-es-schnell-zu-handeln-2018034

	<ul style="list-style-type: none"> ○ <u>Bilateraler Austausch mit Google/YouTube, Twitter, Meta, Tiktok und LinkedIn und den stellv. Regierungssprechern mit dem Ziel, die jeweiligen Strategien der Plattformen zur Bekämpfung von Desinformation zu diskutieren und insb. über Desinformation im Kontext des Krieges in der Ukraine zu sprechen. Das Format soll regelmäßig fortgesetzt werden.</u>
BKM	<ul style="list-style-type: none"> • BKM hat ad hoc 1 Mio. Euro als Soforthilfe für geflüchtete Medienschaffende aus UKR, RUS und BLR zur Verfügung gestellt. <ul style="list-style-type: none"> ○ Ziel: Arbeitsfähigkeit von geflüchteten und in DEU schutzsuchenden Medienschaffenden rasch wiederherstellen, damit eine kritische und unabhängige Berichterstattung weiter stattfinden kann. ○ Unterstützung neuer Projekte zum Aufbau eines Exil-Media-Fonds und Aufstockung bereits laufender Stipendienprogramme für Medienschaffende. • BKM und AA arbeiten derzeit zudem eng an einem gemeinsamen Schutz- und Förderprogramm für Medienschaffende und Verteidiger der Meinungsfreiheit. • <u>BKM hat den Themenkomplex „Desinformationen“ insb. mit Blick auf das Vorgehen gegen RUS Propagandamedien beim letzten EU-Medienministerrat adressiert und den Themenkomplex auch im Rahmen des G7-Medienministertreffens angesprochen. Vor dem Hintergrund der Sperrung der DW in RUS ist BKM unmittelbar vor Kriegsbeginn mit einem Brief an den RUS Medienminister herangetreten.</u> • Mit zusätzlich 4 Mio. Euro aus dem Ergänzungshaushalt soll die Programmarbeit der DW für Russisch und Ukrainisch gestärkt werden. Die DW soll in die Lage versetzt werden, trotz der RUS Repressionen, eine möglichst weitgehende Berichterstattung zu ermöglichen. Die DW plant die Mittel für den <u>Aufbau einer russischen Exilredaktion in Riga, LVA</u>, Erweiterung des täglichen digitalen <u>Video-Nachrichtenstreams auf Russisch</u> und zur Stärkung russischsprachiger Social-Media-Kanäle zu verwenden. Für die UKR plant die DW den Ausbau des Ukrainisch-Angebotes, dabei die Ausweitung der <u>Social-Media-Angebote auf Ukrainisch</u> und wenn nötig, den <u>Aufbau einer Exilredaktion Ukrainisch in Krakau, POL</u>. • Auch im Rahmen der Verhandlungen zu aktuellen EU-Legislativvorhaben wie etwa dem DSA oder dem angekündigten <u>European Media Freedom Act ist ein Fokus von BKM der Themenkomplex „Desinformationen“.</u> • Weitere Projekte von BKM, die durch Stärkung von unabhängigem Journalismus und Medienkompetenz auch Aktivitäten gegen Desinformation fördern, umfassen u.a.: <ul style="list-style-type: none"> ○ Förderprogramm zum Schutz und zur strukturellen Förderung journalistischer Arbeit: https://www.bundesregierung.de/breg-de/bundesregierung/bundeskanzleramt/staatsministerin-fuer-kultur-und-medien/medien/journalismus ○ In Planung: <u>neues Förderprogramm mit Schwerpunkt Nachrichtenkompetenzförderung (Stärkung der Nachrichtenkompetenz der Gesamtbevölkerung u.a. zur Bekämpfung von Desinformation)</u>

	<ul style="list-style-type: none"> ○ <u>fragFINN e. V. – Kinderreporter (Stärkung Nachrichtenkompetenz und damit Resilienz ggü. Desinformation 6-14-Jähriger durch aktive Medienarbeit)</u> ○ <u>Projekt „Künstliche Intelligenz gegen Desinformation (KID)“ der Deutschen Welle (Entwicklung dezidierter KI-Module der „Digitalen Forensik“ zur Verbesserung der (teil)automatisierten Identifizierung von Manipulationen an Text, Audio, Fotos und Videos in den (Sozialen) Medien und der Erkennung konzentrierter Desinformationskampagnen)</u> ○ <u>cultures interactiv e. V. (Projekt „Call of Prey“ fördert durch gemeinsame Entwicklung eines Videospiele in bundesweiten Workshops demokratische Meinungsbildungsprozesse und Medienkompetenz Jugendlicher)</u>
<u>IntB</u>	<ul style="list-style-type: none"> • Bereitstellung eines mehrsprachigen (Deutsch, Ukrainisch, Englisch, Russisch) FAQ-Katalogs zu Fragen, die Kriegsflüchtlinge aus der UKR interessieren. • Corona-Informationen auf 24 Sprachen (auch Russisch und Ukrainisch). • Sonder-Seite „Ukraine“ im Handbook Germany mit Informationen zu Einreise und Aufenthalt auf Ukrainisch, Russisch, Englisch und Deutsch. • Demokratieförderprojekt „Deutschland International“ für Schülerinnen und Schüler, Thema sind u. a. Hass und Hetze sowie Desinformation im Internet. • Monitoring der Beiträge auf den Social-Media-Kanälen der <u>IntB</u>. • Proaktive Kommunikation der <u>StMn</u> auf den Social-Media-Kanälen, die Hass und Hetze sowie Desinformation und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Internet entgegenwirkt. • Dialog zwischen <u>IntB</u> und ukrainischen und russischsprachigen Migrantenselbstorganisationen (MO), Verbänden und Vereinen sowie weiteren bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge beteiligten Organisationen in unterschiedlichen Formaten (u. a. <u>Round Table UKR</u> auf Einladung <u>BK</u>). • Zusammenarbeit mit <u>BPA</u> beim Austausch mit Vertretern der russischsprachigen Bevölkerung in DEU. • Teilnahme an der EG Resilienz im <u>BKAmt</u>.
<u>BND</u>	<ul style="list-style-type: none"> • Feststellung und Aufklärung ausländischer Desinformationsaktivitäten im Kontext des RUS/UKR-Krieges.
<u>BMBF</u>	<ul style="list-style-type: none"> • Die Erforschung und Bekämpfung von Desinformation ist ein zentraler Förderschwerpunkt des aktuellen Forschungsrahmenprogramms der Bundesregierung zur IT-Sicherheit „Digital. Sicher. Souverän“ unter FF des BMBF. • Auch im Rahmenprogramm der Bundesregierung „Forschung für die zivile Sicherheit“ liegt ein Schwerpunkt auf der Erkennung von Desinformation und der gezielten Beeinflussung der öffentlichen Meinung mit einem Fokus auf Soziale Medien.

(Kurze Anmerkung zur relativ schlechten Qualität der Screenshots. Der Whistleblower hat uns gebeten, um jede mögliche Rückverfolgung auszuschließen, nur Fotos von dem Dokument zu machen und diese dann als Screenshots bei den NachDenkSeiten zu veröffentlichen. Dieser Bitte sind wir selbstverständlich nachgekommen.)

Der Whistleblower hat uns gegenüber auch dargelegt, was ihn zu diesem Leak motiviert hat. Gegenüber den NachDenkSeiten erklärte er, dass er, als dieses Dokument auf seinem Arbeitsrechner eintraf, zutiefst erschrak. Für ihn sei dies „der konzertierte Versuch einer Narrativ-Gleichschaltung“. Weiter führte er aus:

„In meinen Augen ist es ein Blick in den Abgrund der gebündelten Aktivitäten einer horizontalen (ressort-übergreifenden) und vertikalen Integration moderner Staatspropaganda. Von den Ministerien und ihren Partnerschaften mit transatlantischen Denkfabriken wie dem ISD bis hinab in die Presse, „Faktenchecker“, Social Media, „Multiplikatoren“, „kritische Zivilgesellschaft“ und so weiter. Selbst vor der Einbindung von Schulen und Kindern im Grundschulalter machen Sie nicht halt.“

Des Weiteren führte er gegenüber den NachDenkSeiten aus, dass dieses Dokument nur „die Spitze des Eisberges“ sei und die aufgeführten Projekte nicht vollständig seien. Alles was in diesem Dokument aufgelistet ist, wäre für die Bundesregierung ein noch verschmerzbares Leak, da es nur die im Zweifel kommunizierbaren Maßnahmen umfasse. Die deutsche Öffentlichkeit hätte keine Vorstellung davon, was sonst noch im Hintergrund dazu ablaufe.

Abschließend noch etwas zum mutmaßlichen Verfasser dieses internen Dokumentes. Laut den Meta-Daten des Original-Word-Dokuments wurde diese Auflistung der Bundesregierung von einer Person erstellt, deren Namen wir aus Rücksicht auf ihr Privatleben nicht nennen wollen, deren Vita aber interessante Einblicke vermittelt, wer solche „ressortübergreifenden“ Papiere zu dieser Thematik aufsetzt. Man findet über die Person fast nichts online, aber das Wenige, was man findet, spricht für sich. Bei LinkedIn findet man einem Beitrag, in welchem dem Verfasser des Dokuments „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“, von der BwConsulting (BwConsulting ist das Inhouse-Beratungsunternehmen des Bundesministeriums der Verteidigung) für die Zusammenarbeit gedankt wird, zudem ist die Person Autor eines Fachbuchs über das Management von Militäroperationen der NATO und EU.

TEIL 2

15.10.2022

<https://www.nachdenkseiten.de/?p=88771>

Hatten wir uns im [ersten Teil der Auswertung des internen Dokuments der Bundesregierung](#) unter dem Titel „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“ auf die Ausführungen zur Rolle des BMI (Innenministeriums), des AA (Auswärtigen Amtes), des BPA (Bundespresseamtes) und der BKM (Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien) konzentriert, widmen wir uns im zweiten Teil den Tätigkeiten des BMDV (Bundesministerium für Digitales und Verkehr) sowie des BMFSFJ (Bundesfamilienministerium) und des BMVg (Bundesverteidigungsministerium).

Bundesministerium für Digitales und Verkehr als zentrales Zensurinstrument gegen russische Medien

Das FDP-geführte BMDV (Ministerium wird derzeit vom ehemaligen FDP-Generalsekretär und Richter Dr. Volker Wissing geleitet) ist innerhalb der Bundesregierung zuständig für den „Rechtsrahmen für digitale Dienste“ und steht laut dem Dokument im besonders „regelmäßigen Austausch mit den Online-Plattformen zum Engagement bei der Bekämpfung von Desinformation“. Das heißt, es gibt laut dem internen Papier derzeit vier Bundesbehörden (BMI, AA, BPA und BMVD), welche auf hochrangiger Ebene (zumeist die zuständigen Staatssekretäre) sich jeweils regelmäßig, und dem Anschein nach ohne Absprache untereinander, mit den großen Social-Media-Konzernen zum Thema „Engagement gegen Desinformation“ treffen.

Im Falle des BMVD wird in dem geleakten Dokument aber erstmals konkret aufgeführt, auf Grundlage welcher staatlichen und suprastaatlichen Vorgaben diese Gespräche verlaufen.

So wird unter anderem auf den „EU-Verhaltenskodex für Desinformation“, den „Digital Services Act“ (DSA) sowie eine „Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung“ verwiesen. Vom DSA erhofft sich das Digitalministerium laut dem geleakten internen Papier „Anreize zu mehr Engagement bei der Bekämpfung von Desinformation“. Des Weiteren werden Gespräche auf Ministerebene erwähnt, „welche die eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation zum Inhalt hatten“.

Zudem wird betont, dass das Ministerium plant, beim [„G7 Safety Summit“](#) im November 2022 (im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft) das Thema „Desinformation“ einzubringen, unter anderem mit Fokus auf den Einsatz von „softwarebasierten Technologien zur Bekämpfung von Desinformation.“

Dem Dokument zufolge ist das BMVD innerhalb der Bundesregierung auch für die „Durchsetzung des Verbreitungsverbotes von RT und Sputnik“ zuständig und erhält dabei Unterstützung von der Bundesnetzagentur, welche zum Beispiel die Listen „der zu sperrenden

Webseiten“ regelmäßig aktualisiert und an die „von der Sanktionsverordnung adressierten Internetzugangsanbieter aus dem Telekommunikationsbereich“ übermittelt.

Man muss sich dies nochmal bewusst vor Augen führen: Die Bundesregierung in Form des BMVD ordnet folglich höchstpersönlich an, welche nicht genehmen Nachrichten-Plattformen in Deutschland zu sperren sind.

Diese Darstellung des Ministeriums (angebliches Verbreitungsverbot und Verweis auf „zu sperrende Webseiten“) lässt aber noch aus einem anderen Grund aufhorchen. Denn tatsächlich gibt es kein allgemeines „Verbreitungsverbot von RT und Sputnik“. In der am 1. Mai 2022 [verabschiedeten EU-Verordnung](#) ist explizit und ausschließlich von „Einstellung der Sendetätigkeiten“ die Rede. Dies ergibt sich auch aus der im EU-Amtsblatt veröffentlichten Änderung der entsprechenden Verordnung (EU) Nr. 833 von 2014. Dort ist ‚lediglich‘ davon die Rede, dass es den (nicht näher definierten) Betreibern verboten ist, „Sendungen zu ermöglichen, zu erleichtern oder auf andere Weise dazu beizutragen, auch durch die Übertragung oder Verbreitung über Kabel, Satellit, IP-TV ...“.

Zudem handelt es sich bei dieser Verordnung um einen „Rechtsakt ohne Gesetzescharakter“.

Das Ministerium setzt also ein „Sendeverbot“ für audiovisuelle Inhalte (noch eindeutiger [in der englischsprachigen Version](#) „suspend the broadcasting activities of such media outlets in the Union“) mit einem angeblichen Verbreitungsverbot auch der Nachrichten-Webseiten von RT und Sputnik gleich. Das gibt die EU-Verordnung aber nicht her. Es hat wohl auch einen Grund, wieso ausgerechnet das Justizministerium mit keinem Satz in der Aufstellung „Laufende Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit RUS Krieg gegen UKR“ auftaucht.

Ebenfalls bezeichnend ist in diesem Zusammenhang, dass die veröffentlichte Änderung in derartiger Eile beschlossen wurde, dass bis heute rechtlich völlig unklar ist, an wen sich die Verordnung richtet, denn der Begriff des „Betreibers“ ist in der beschlossenen Änderung, ebenfalls im Gegensatz zur Darstellung des BMVD („von der Sanktionsverordnung adressierten Internetzugangsanbieter“), in keiner Weise definiert:

Artikel 1

Die Verordnung (EU) Nr. 833/2014 wird wie folgt geändert:

1. Nach Artikel 2e wird folgender Artikel eingefügt:

„Artikel 2f

(1) Es ist den Betreibern verboten, Inhalte durch die in Anhang XV aufgeführten juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu senden oder deren Sendung zu ermöglichen, zu erleichtern oder auf andere Weise dazu beizutragen, auch durch die Übertragung oder Verbreitung über Kabel, Satellit, IP-TV, Internetdienstleister, Internet-Video-Sharing-Plattformen oder -Anwendungen, unabhängig davon, ob sie neu oder vorinstalliert sind.

(2) Alle Rundfunklizenzen oder -genehmigungen, Übertragungs- und Verbreitungsvereinbarungen mit den in Anhang XV aufgeführten juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen werden ausgesetzt.“

Weiter heißt es in der EU-Verordnung übrigens:

“Im Einklang mit den Grundrechten und Grundfreiheiten, die in der Charta der Grundrechte anerkannt sind, insbesondere dem Recht auf Freiheit der Meinungsäußerung und Informationsfreiheit, dem Recht auf Unternehmerische Freiheit und dem Recht auf Eigentum nach den Artikeln 11, 16 und 17 der Charta **hindern diese Maßnahmen diese Medien und ihr Personal nicht daran, andere Tätigkeiten als Sendetätigkeiten in der Union auszuführen (...).**“

Das Bundesministerium für Digitales und Verkehr verbreitet folglich in dem internen Regierungsdokument zu „laufende Aktivitäten der Behörden gegen Desinformation“ genau dies: Desinformation.

Bundesfamilienministerium erhebt Grünen-nahe Stiftung zu quasi-staatlichem Akteur gegen „systemkritische Medien“

Ein weiterer zentraler Akteur im angeblichen Kampf gegen „Desinformation“ ist das von den Grünen geführte Bundesfamilienministerium. In der Auflistung fällt zunächst auf, dass in dem internen Papier als allererste Aktivität des Ministeriums auf die private Grünen-nahe Stiftung Zentrum Liberale Moderne (LibMod) und deren hochumstrittenes Projekt „Gegneranalyse“ verwiesen wird (NachDenkSeiten berichteten ausführlich über das Projekt [hier](#) und [hier](#)).

In dem Dokument heißt es dazu, dass das Ministerium im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie Leben!“ das Projekt von LibMod fördert (mit sechsstelligen Beträgen), welches „Inhalte systemkritischer Medien analysiert und speziell zu Narrativen im Ukrainekrieg veröffentlicht“.

Halten wir fest: Ein von den Grünen geführtes Ministerium promotet und finanziert das Projekt einer privaten Grünen-nahen Stiftung, welches sich zur Aufgabe gestellt hat, „systemkritische Medien“ zu analysieren und zu überwachen („[Monitoring](#)“). Alles natürlich im Namen des „Kampfes“ gegen eine behauptete (russische) „Desinformation“.

Ähnlich wie bereits beim Digitalministerium wird hier zudem etwas behauptet, was nachweislich so nicht stimmt. Schaut man sich die „Monitoring“-Seite des Projektes an, so fällt auf, dass die Darstellung des BMFSFJ, „Gegneranalyse“ würde „speziell zu Narrativen im Ukrainekrieg veröffentlichen“, nicht den Tatsachen entspricht. Das letzte Monitoring (und was anderes veröffentlicht das Projekt nicht regelmäßig) mit Schwerpunkt auf „Narrativen im Ukrainekrieg“ datiert auf April 2022. Also auch schon zum Zeitpunkt der Erstellung des internen Regierungsdokuments war diese Darstellung nicht korrekt:

gegner
analyse

Gegenmedien als Radikalisierungsmaschine

Ein Projekt von  Zentrum
Liberal
Moderne



Monitorings Fallstudien Über uns Archiv: antiliberales Denken 

Monitorings

Nov 2021	Dez 2021	Jan 2022	Feb 2022	März 2022	Apr 2022
Einführung	Die da oben	Systempresse	Widerstand als Pflicht	Krieg in der Ukraine	Krieg in der Ukraine 2
Mai 2022	Juni 2022	Juli 2022	Aug 2022	Sept 2022	
Apokalypse	das System	(Pause)	Gender- Gaga	Klima- Diktatur	



Die Aussage wurde vermutlich getroffen, um gegenüber den anderen Ministerien die Finanzierung des umstrittenen Projektes zu rechtfertigen. Allerdings reichen zwei Klicks, um diese Aussage zu falsifizieren. So viel zu „Desinformation“ (innerhalb bundesdeutscher Ministerien).

Als weitere Aktivitäten führt das Familienministerium ein „Toolkit für die Arbeit mit Jugendlichen zum Thema Verschwörungstheorien“ an, welches Jugendliche im Umgang mit Verschwörungstheorien „stärken“ solle.

Als letzter Punkt im Maßnahmen-Katalog gegen „russische Desinformation“ wird ausgerechnet auf die Bildungsstätte Anne Frank und das dort angesiedelte Projekt „The Game is not Over“ verwiesen. Dazu heißt es weiter im geleakten Dokument, dass sich die Kinder („Gamerinnen und Gamer“) „mit den Erklärungsmustern, psychologischen Wirkungsweisen und der sozialen Dimension von Verschwörungsfantasien auseinandersetzen und lernen, diesen Prozessen in ihrer Peer Group zu begegnen.“

Die Bildungsstätte Anne Frank wurde nach Eigendarstellung gegründet, um Jugendliche mittels des Schicksals von Anne Frank im Nationalsozialismus für die Gegenwart zu Themen wie Antisemitismus und Rassismus zu sensibilisieren. Es erscheint geradezu skandalös, dass das Familienministerium nicht davor zurückschreckt, die Bildungsstätte in dieser Form ausgerechnet gegen Russland zu instrumentalisieren, den (Nachfolge-)Staat des Landes, welches einen Großteil der Konzentrationslager, insbesondere Auschwitz, befreite und einen gigantischen Blutzoll in diesem Kampf zahlte.

Das Bundesverteidigungsministerium und der Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen und weitere „Gegenmaßnahmen der Bundeswehr“

Der Einsatz der Bundeswehr gegen angebliche „Desinformation“ hat nochmal, alleine auf Grund seiner militärischen Ressourcen, eine ganz besondere Qualität und Implikation. So heißt es in dem internen Dokument der Bundesregierung unter anderem zu den Aktivitäten des Verteidigungsministeriums:

„Fortlaufende tägliche Analyse des Informationsumfeldes. (...) Detektion von Propaganda/Desinformation sowie Planung/Durchführung eigener Gegenmaßnahmen der Bundeswehr im Einsatz (...).“

Wie man sich ausgerechnet „Gegenmaßnahmen der Bundeswehr“ gegen angebliche (russische) „Desinformation“ konkret vorstellen soll, wird in dem Papier nicht weiter erläutert. Gewisse Hinweise gibt es aber doch. So wird zumindest als ein weiterer Punkt der „Gegenmaßnahmen“ auf ein gemeinsam geplantes Projekt von Bundeswehr und der Bertelsmann-Stiftung zu „Gesellschaft und Resilienz“ verwiesen sowie auf den Einsatz von „Jugendoffizieren an Schulen“.

	<ul style="list-style-type: none"> • In den letzten Monaten sind zehn neue Forschungsprojekte im Rahmen des Förderschwerpunkts „Erkennen und Bekämpfung von digitalen Desinformationskampagnen“ gestartet: https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2022/02/fake-news-bekaempfen.html, Pressekonferenz dazu am 08.02.2022. • Zudem wird Desinformation aktuell in fünf Forschungsprojekten zur zivilen Sicherheit und in der Fördermaßnahme „Zivile Sicherheit – Bedrohungen aus dem digitalen Raum“ (Projektauswahl ausstehend) behandelt. • BMBF fördert mehrere Forschungszentren und -institute, die sich u.a. mit Desinformation befassen: ATHENE (Nationales Forschungszentrum für angewandte Cybersicherheit), CISP (Helmholtz-Zentrum für Informationssicherheit), Weizenbaum-Institut, Hans-Bredow-Institut (Leibniz-Institut für Medienforschung), Science Media Center, Forschungsinstitut <u>Gesellschaftlicher Zusammenhalt</u>. • Veröffentlichung einer Webseite, auf der zwei Forscher erklären, woran man „Fake News“ erkennen kann: https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/kurzmeldungen/de/2022/03/ukraine-krieg-fake-news-erkennen.html • Fortführung der Arbeiten zur Diskursplattform #<u>FactoryWisskomm</u>, die unter Einbeziehung von Stakeholdern aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft Strategien für zentrale Herausforderungen von Wissenschaftskommunikation liefert, um Meinungsbildungsprozesse zu sichern und die gesellschaftliche Resilienz zu stärken. • Am 01.04.2022 startete eine Kommunikationsinitiative IT-Sicherheitsforschung, in der insb. Jugendliche zu IT-Sicherheit und ab Juni 2022 auch zu Themen wie Desinformation sensibilisiert und aufgeklärt werden.
BMDV	<ul style="list-style-type: none"> • <u>Regelmäßiger Austausch mit den Online-Plattformen zum Engagement bei der Bekämpfung von Desinformation aufgrund der Zuständigkeit für den Rechtsrahmen für digitale Dienste. Der Austausch erfolgt u.a.</u> <ul style="list-style-type: none"> ○ <u>auf Basis der Vorgaben des EU-Verhaltenskodex für Desinformation, in dem sich die großen Online-Plattformen auf freiwilliger Basis auf Standards zur Bekämpfung von Desinformation verpflichtet haben,</u> ○ <u>mit Blick auf den Digital Services Act (DSA), für dessen Verhandlungen BMDV innerhalb der BReg zuständig ist und der nach seinem Inkrafttreten Anreize zu mehr Engagement bei der Bekämpfung von Desinformationen setzen wird, sowie</u> ○ <u>mit Blick auf die Verhandlungen zur Verordnung über die Transparenz und das Targeting politischer Werbung, die das Ziel verfolgt, die Widerstandsfähigkeit der EU gegenüber Informationsmanipulation und Einmischung in Wahprozesse – einschließlich Desinformation – zu erhöhen.</u> • Es haben u.a. Gespräche auf St-Ebene (mit Vertretern der Online-Plattformen, die den Verhaltenskodex unterzeichnet haben) und auch auf MIN-Ebene (u.a. mit EU-KOM VP in Jourova) stattgefunden, welche die eingeleiteten Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation zum Inhalt hatten.

	<ul style="list-style-type: none"> • Abstimmung und Unterzeichnung der Gemeinsamen Erklärung der EU-Digitalminister beim informellen TK-Rat am 8. und 9. März 2022 in Paris und Nevers, in der die Unternehmen des digitalen Sektors aufgefordert werden, zusätzliche freiwillige Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation und Informationsmanipulation im Internet zu ergreifen. • BMDV wird das Thema „Desinformation“ im Rahmen des „G7 eSafety Summit 2022“ (Q4 2022) adressieren, das im Rahmen der diesjährigen DEU Präsidentschaft im Digital Track vom BMDV veranstaltet wird. Es soll u.a. untersucht werden, inwieweit softwarebasierte Technologien (sog. eSafety-Tools) zur Bekämpfung von Desinformation beitragen können. • BNetzA unterstützt bei der Durchsetzung des Verbreitungsverbotes von RT und Sputnik u.a. durch Erstellung und Aktualisierung einer Liste der zu sperrenden Webseiten und Übermittlung dieser Liste an die von der Sanktionsverordnung adressierten Internetzugangsanbieter aus dem Telekommunikationsbereich.
BMF	<ul style="list-style-type: none"> • In Bezug auf den UKR-Krieg und strategische Kommunikationselemente fokussiert sich das BMF auf das Kommunizieren von Finanz- und Wirtschaftshilfen für UKR bzw. vom Krieg betroffene inländische Unternehmen sowie Maßnahmen zur finanziellen Entlastung der Bevölkerung. • Ein weiterer Punkt sind die Umsetzungen der Sanktionen und die Taskforce zur Steuerung Umsetzung der Sanktionen. Hier gibt es teilweise Unklarheiten, jedoch sind derzeit keine Desinformationskampagnen erkennbar. • In Absprache mit dem BPA informiert das BMF zudem über nützliche Quellen für Geflüchtete und Helfende. • Beim Treffen der Finanzminister und Notenbankgouverneure der G7 unter DEU Präsidentschaft vom 18. bis 20. Mai 2022 in Bonn und Königswinter sind Maßnahmen der G7 zur Unterstützung der UKR ein zentrales Thema. Auf bundesfinanzministerium.de/g7 werden sämtliche Informationen dazu veröffentlicht (und auch auf der BMF-Ukraine-Doorpage www.bundesfinanzministerium.de/ukraine verlinkt), diese werden zielgruppengerecht auch über die Social-Media-Kanäle des BMF kommuniziert.
BMFSFJ	<ul style="list-style-type: none"> • Im Bundesprogramm „Demokratie leben!“ fordert das BMFSFJ mehrere Projekte, die sich mit Desinformation und Verschwörungstheorien beschäftigen, darunter <ul style="list-style-type: none"> ◦ Das Projekt „Gegenmedien“ des Zentrums Liberale Moderne, das Inhalte systemkritischer Medien analysiert und speziell zu Narrativen im Ukrainekrieg veröffentlicht. ◦ Das Desinformations-Analysetool von betterplace-Lab/Das Netz: In Form einer interaktiven Karte beschreibt das Projekt den Herstellungs- und Verbreitungsprozess von Desinformation. ◦ Das Projekt #Vrschwrg der Berghof Foundation entwickelt ein Toolkit für die Arbeit mit Jugendlichen zum Thema Verschwörungstheorien. Im Projekt werden innovative Methoden erprobt, um Jugendliche im Umgang mit Verschwörungstheorien zu stärken.

	<ul style="list-style-type: none"> Das Projekt „The Game is not Over“ der Bildungsstätte Anne Frank entwickelt ein digitales Spiel, das Jugendliche im Umgang mit Verschwörungstheorien in sozialen Medien stärkt und ihnen Handlungsoptionen vermittelt. Es sollen sich die Gameminnen und Gamer mit den Erklärungsmustern, psychologischen Wirkungsweisen und der sozialen Dimension von Verschwörungsfantasien auseinandersetzen und lernen, diesen Prozessen in ihrer Peer Group zu begegnen.
BMG	<ul style="list-style-type: none"> Bezüglich des Kriegs in der UKR äußert sich das BMG zur Lieferung medizinischer Hilfsgüter in UKR sowie zur Evakuierung und medizinischen Versorgung von Patienten in DEU. Darüber hinaus stellt das BMG Informationen zur medizinischen Versorgung Geflüchteter zur Verfügung. Die Aktivitäten des BMG gegen Desinformation beziehen sich weiter v.a. auf Desinformation in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie.
BMUV	<ul style="list-style-type: none"> Beobachtung der nuklearen Sicherheit und Bewertung der radiologischen Situation in der UKR. Situationsangepasste (derzeit wöchentliche) Erstellung eines (radiologischen) Situationsberichts zur UKR für Behörden. Bei Bedarf reaktive Kommunikation (auf Twitter) – in dem Kontext auch Kooperation mit nachgeordneten Behörden, z.B. dem Bundesamt für Strahlenschutz, zur Bereitstellung verlässlicher Informationen zur AKW-Sicherheit in der UKR. Im Zusammenhang mit der RUS Kontrolle des AKW Saporischschja war bereits Desinformation zu beobachten. Beobachtung der Social-Media-Lage im Zuständigkeitsbereich des BMUV und nach Abwägung im Einzelfall ggf. Richtigstellungen.
BMVg	<ul style="list-style-type: none"> Zusammenführung der Lagedarstellungen und Bewertungen durch das Lagezentrum Ukraine für die Leitung des BMVg und im Austausch mit den Lage- und Krisenzentren der anderen Ressorts. Fortlaufende (tägliche) Analyse des Informationsumfeldes (InfoU) für Einsätze der Bundeswehr und i.R. nationaler Krisen- und Risikovorwarnung. Wird anlassbezogen durch thematische Sonderbeiträge ergänzt. Kommunikation (gem. Interessenprofil BMVg im Ausland) wird gesichtet und dessen Intention, Zielgruppen und Wirkung im InfoU bewertet. Analyse ermöglicht potentiell auch Detektion von Propaganda/ Desinformation sowie Planung/Durchführung eigener (Gegen-)Maßnahmen der Bw im Einsatz. Zielgruppe sind militärische Führer und Stäbe auf allen Ebenen (BMVg bis taktische Ebene im Einsatz). Allgemeine Informationsarbeit: Zielgruppengerechte Information einer gesellschaftlich relevanten Bandbreite unterschiedlicher Dialoggruppen von medialer Massenkommunikation bis Social Media zu Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Systematisches Erkennen von und angemessenes Reagieren auf Desinformationsaktivitäten. Hierdurch wird stabil eine hohe Reichweite über das ganze Spektrum von Kanälen erzielt.

- Sicherheitspolitische Dialoge mit der Zivilgesellschaft, die eine stabil hohe Nachfrage erfahren: Einbeziehung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen (auch insb. junge Menschen) in den sicherheitspolitischen Diskurs bzw. in die Kommunikation zu unterschiedlichen Themen (u.a. „Hybride Bedrohungen“ in Kooperation mit der Bundesakademie für Sicherheitspolitik (BAKS) oder „Gesellschaft und Resilienz“ mit der Bertelsmann Stiftung (in Planung))
- Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen Sensibilisierung von Schülerinnen und Schülern für Themen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im direkten Dialog mit spezifisch (methodisch-didaktisch) ausgebildeten Soldatinnen und Soldaten.
- Konzept der Inneren Führung umfasst Vielzahl von Einzelmaßnahmen, wie politische Bildung, Lehrgänge sowie Informations- und Präventionsvorträge.

Fazit

Vor dem Hintergrund dieser dank des Leaks ans Licht der Öffentlichkeit gebrachten konzertierten Maßnahmen muss man sich nochmals vor Augen führen, dass der Whistleblower gegenüber den NachDenkSeiten erklärt hat, dass es sich bei dem geleakten Dokument nur um „die Spitze des Eisberges“ handle. Alles, was in dem internen Dokument aufgelistet ist, sei für die Bundesregierung ein noch verschmerzbares Leak, da es nur die im Zweifel kommunizierbaren Aktivitäten umfasse. Nach Durchsicht der 10 Seiten fragen sich wohl nicht nur die NachDenkSeiten-Redakteure, was dann wohl die „nicht kommunizierbaren“ diesbezüglichen Maßnahmen der Bundesregierung sein werden.

Neben dem Umfang der geplanten und bereits umgesetzten Maßnahmen erschreckt auch die (medial bisher kaum hinterfragte) Willkür, die dabei zum Tragen kommt. Denn bei all den Aktivitäten muss man sich vergegenwärtigen, dass die Bundesregierung weder in diesem internen Papier zu „Laufenden Aktivitäten der Ressorts und Behörden gegen Desinformation im Zusammenhang mit Russlands Krieg gegen die Ukraine“ noch in offiziellen Veröffentlichungen je auch nur den Versuch unternommen hat, darzulegen, wie sie (russische) „Desinformation“ definiert oder auch nur eingrenzt. Damit ist der Bundesregierung und ihren Ministerien die vollkommen willkürliche Anwendung dieses Begriffs mit all seinen mittlerweile auch rechtlichen Implikationen und Zensuroptionen möglich. Und so packt die Bundesregierung tatsächlich unter anderem pauschal alles unter den Kampfbegriff „Desinformation“ – die es laut Bundesregierung mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt – was einer Wiedergabe offizieller russischer Positionen und Sichtweisen entspricht. Damit steuert sie, wohlgermerkt durch das Unterdrücken von Informationen, die Meinungs- und Willensbildung der Bundesbürger. So sollte eigentlich keine Bundesregierung, egal welcher politischer Couleur, agieren, zumindest nicht, wenn sie sich einem demokratischen Gemeinwesen mit mündigen Bürgern verpflichtet sehen würde.